



## **Bericht und Beschlussempfehlung**

### **des Europaausschusses**

#### **Umsetzung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2018 in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/411 (neu)

Der Europaausschuss hat sich in mehreren Sitzungen, zuletzt in seiner Sitzung am 18. April 2018, mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 24. Januar 2018 überwiesenen Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW betreffend Umsetzung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2018 in Schleswig-Holstein, Drucksache 19/411 (neu), befasst.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig die Annahme des Antrags in der unten stehenden, geänderten Fassung:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag erkennt im Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2018 (COM (2017) 650 final) folgende Schwerpunkte als besonders relevant für Schleswig-Holstein an:

1) aus Anhang I des Arbeitsprogramms (Neue Initiativen):

- Nr. 1 Umsetzung Aktionsplan Kreislaufwirtschaft
- Nr. 2 Mehrjähriger Finanzrahmen
- Nr. 3 Eine nachhaltige Zukunft Europas
- Nr. 4 Vollendung des digitalen Binnenmarktes
- Nr. 5 Vollendung der Energieunion
- Nr. 6 Zukunft der Energie- und Klimapolitik
- Nr. 8 Paket zu sozialer Gerechtigkeit

- Nr. 19 Rechtsstaatlichkeit
  - Nr. 20 Umsetzung der EU-Migrationsagenda
  - Nr. 26 Ein effizienteres und demokratischeres Europa
- 2) aus Anhang III des Arbeitsprogramms (Vorrangige anhängige Vorschläge):

- Nr. 3 Überarbeitung des Fischereikontrollsystems
- Nr. 8 Neue Rahmenbedingungen für die Verbraucher
- Nr. 15 Paket „Saubere Energie für alle Europäer“
- Nr. 17 Paket „Europa in Bewegung“
- Nr. 29 Entsendung von Arbeitnehmern
- Nr. 30 Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit
- Nr. 46 und 47 Schengen
- Nr. 52 Reform des Dublin-Systems

3) Aus Anhang III des Arbeitsprogramms

- Nr. 3 Paket zur Kreislaufwirtschaft
- Nr. 16 Klimapakete
- Nr. 59 Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassenden Qualifikation voraussetzenden Beschäftigung (Vorschlag „Blaue Karte EU“)

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf EU-Ebene nach Absprache mit dem Parlament inhaltlich Einfluss zu nehmen und die Interessen des Landes deutlich zu machen sowie den Landtag über alle wesentlichen Schritte der Landesregierung zur Umsetzung dieser Initiativen in Schleswig-Holstein zu unterrichten.“

Wolfgang Baasch  
Vorsitzender